



ACHTUNG

Abwertung hat System

Vom Ringen um
Anerkennung, Wertschätzung und Würde

LESEPROBE

DIE ARMUTSKONFERENZ.

ebook

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!

Sie haben ein personalisiertes e-Book aus dem ÖGB-Verlag vor sich. Namen und E-Mail-Adresse des Rechteinhabers dieses Exemplars sehen Sie in der Fußzeile jeder Seite.

Bei allen Büchern aus dem ÖGB-Verlag mit dem Hinweis "e-Book" auf dem Umschlag erwerben Sie zusammen mit dem gedruckten Buch auch das Recht, dieses Werk als e-Book herunterzuladen. "e-Book" können Sie also derzeit nur gemeinsam mit der Druckversion erwerben.

Vom ÖGB-Verlag zur Verfügung gestellte e-Books unterliegen genauso wie gedruckte Bücher dem Urheberrecht. Nutzen Sie es daher bitte auch genau so wie ein gedrucktes Buch. Die vollständige oder teilweise Weitergabe des e-Books in jeglicher Form ist nicht zulässig. Ebenso sind die öffentliche Wiedergabe oder sonstige Weiterveröffentlichung, eine Vervielfältigung, Zurverfügungstellung oder der Weiterverkauf des e-Books ausgeschlossen. "e-Book" ist integraler Bestandteil des Gesamtwerkes und darf nur gemeinsam mit dem gedruckten Buch übertragen werden.

Wenn Sie nicht zur Nutzung dieses e-Books berechtigt sind, dann löschen Sie bitte diese Datei und alle Kopien. Jedes Exemplar dieses e-Books ist mit einem Wasserzeichen personalisiert und kann seinem rechtmäßigen Inhaber zugeordnet werden. Eine widerrechtliche Weitergabe oder Nutzung dieses e-Books wird vom ÖGB-Verlag verfolgt und sanktioniert.

LESEPROBE

Impressum

Herausgeber*innen: Die Armutskonferenz, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz, Christine Sallinger, Martin Schenk, Stefanie Stadlober, Manuela Wade

Cover: Matthias Fürpass – www.hiasl.at

Fotos: Nikolai Friedrich (S. 198), Leonhard Hilzensauer (S. 200), alle anderen: Die Armutskonferenz

Layout/Satz: Thomas Jarmer

Lektorat: Florian Praxmarer

Produktionsleitung: Melissa Huber, Marga Achberger

Medieninhaber und Hersteller: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GesmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

www.oegbverlag.at, office@oegbverlag.at

© 2018 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GesmbH, Wien

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Printed in Austria

ISBN 978-3-99046-395-6

www.armutskonferenz.at/achtung

Die Inhalte in diesem Buch sind von den Herausgebern und vom Verlag sorgfältig erwogen und geprüft, dennoch kann keine Garantie übernommen werden. Eine Haftung der Herausgeber bzw. des Verlages und seiner Beauftragten für Personen-, Sach- und Vermögensschaden ist ausgeschlossen.

Der Inhalt dieses Werkes – ausgenommen die Nachdrucke Nancy Fraser „Zur Neubestimmung von Anerkennung“ (S. 11–24) sowie Axel Honneth und Titus Stahl „Jenseits der Verteilungsgerechtigkeit: Anerkennung und sozialer Fortschritt“ (S. 25–32) – steht unter einer Creative-Commons-Lizenz zu folgenden Bedingungen:

CC BY-NC-SA 3.0 AT



Namensnennung



Nicht-kommerziell



Weitergabe unter gleichen Bedingungen

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/at/>

Für darüber hinausgehende Nutzungen ist eine ausdrückliche Zustimmung des Herausgebers erforderlich.

ACHTUNG

Abwertung hat System

Vom Ringen um
Anerkennung, Wertschätzung und Würde

LESEPROBE

Inhalt

Editorial	7
<i>Nancy Fraser</i> : Zur Neubestimmung von Anerkennung	11
<i>Axel Honneth, Titus Stahl</i> : Jenseits der Verteilungsgerechtigkeit: Anerkennung und sozialer Fortschritt. Wie der Wandel gesellschaftlicher Wertschätzung philosophisch beurteilt werden kann	25
Kapitel I – Abwertung hat System	
<i>Brigitte Aulenbacher</i> : Im Sog des Leistungsprinzips. Über Leistung, Gerechtigkeit, Ungleichheit und das Beispiel der Sorgearbeit	37
<i>Alban Knecht, Michaela Moser, Judith Pühringer</i> : Achtung beim AMS. Was die automatisierte Zuteilung zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für die Gerechtigkeit und die Anerkennung von arbeitslosen Menschen bedeutet	45
<i>Ruth Patrick</i> : „Also ich habe es satt zu schnorren.“ Auswirkungen der Sozialhilfereform in Großbritannien	53
<i>Lukas Richter</i> : Alt, arm, ausgegrenzt. Ein Streifzug durch die österreichische Sozialberichterstattung	63
<i>Margit Schaubpp, Manuela Wade</i> : Politik mit den Armen, gegen die Armen, für die Armen? Armut und Krise der Demokratie	75
<i>Eva Grigori</i> : „Ollas geht net.“ Sozialarbeit zwischen individueller Hilfeleistung und kollektiv abwertenden Einstellungen	85
<i>Christine Sallinger, Georg Wiesinger, Elisabeth Kapferer</i> : Statt Land. Wertschätzung und Abwertung von Lebensrealitäten auf dem Land und in der Stadt	95
<i>Martin Schürz</i> : Zorn auf die Reichen? Gedanken zur Angemessenheit eines Gefühls	105
Kapitel II – Anerkennung macht stark	
<i>Romy Reimer</i> : Anerkennung genügt (nicht)? Der „blinde Fleck“ der Anerkennungstheorie	117
<i>Michaela Moser, Michael Wrentschur</i> : Räume der Anerkennung und Selbstwirksamkeit. Kollaborative Soziale Arbeit im Spannungsfeld von Selbstorganisation und Unterstützung	125
<i>Maria Pernegger, Martin Schenk</i> : Was Kinder sagen, können und brauchen. Medienstudie Kinderarmut: Darstellung und Wirklichkeit	139

<i>Hoa Mai Tràn: Zwischen anerkannter Ausgrenzung und geforderter Teilhabe. Zur Situation von Kindern in Unterkünften für geflüchtete Menschen</i>	149
<i>Michaela Moser: Achtung Sorgearbeit! Warum Sorgen arm macht und es eine Care-Revolution braucht</i>	163
<i>Angelina Reif: Ein Recht ohne Anspruch ist kein Recht. Soziale Grundrechte in Österreich</i>	171
<i>Plattform „Sichtbar Werden“: Wider die „Normalisierung der Abwertung“. Menschen mit Armutserfahrung im Gespräch mit Verena Fabris und Robert Rybaczek-Schwarz über Anerkennung, Abwertung und eine Kultur der Solidarität</i>	181

Kapitel III – Handeln tut not

<i>Marion Wisinger: Deck Mythen auf! Zur geistigen Selbstverteidigung bei „Sozialschmarotzer*innen“-Parolen und Menschen-Bashing</i>	191
<i>Lisz Hirn: Sprich mit Jugendlichen im Park! Alternative Räume für den interkulturellen Dialog</i>	195
<i>Lena Kauer: Bau dir deine Küche! Die Wiener Kuchl – eine Küche zum Selberbauen</i>	201
<i>Norbert Krammer, Ilse Zapletal: Hol dir dein Recht! Mit Recht gegen Armut</i>	205
<i>Ernst Schmiederer: Schreib deine Geschichte! – Teil 1 Geschichten aus dem Parlament der Unsichtbaren</i>	209
<i>Margit Kubala: Schreib deine Geschichte! – Teil 2 Der Blog ist tot. Lang lebe der Blog!</i>	213
<i>Sina Farahmandnia, Lisa Oberbichler: Check deine Privilegien! Perspektivenwechsel, um Herrschaftsverhältnisse zu hinterfragen</i>	217
<i>Alban Knecht: Tu was gegen Beschämung! Erfahrungen von Armutsbetroffenen und Gegenstrategien</i>	221
<i>Michaela Moser: Lerne eine neue Kultur des Entscheidens! Die Soziokratie als Modell für mehr Anerkennung in Gruppen und Organisationen</i>	227
<i>Verena Fabris, Susanne Haslinger: Kämpfe gegen Sozialabbau! Strategien des Widerstands gegen Kürzungen und gesellschaftliche Spaltung</i>	231
Autor*innen	237
Die Armutskonferenz	241

Armut ist nicht nur ein Mangel an Einkommen. Armut ist stets verbunden mit einem Verlust an sozialem Status. In der Geschichte der Armutsdiskurse werden seit jeher die jeweiligen Verlierer*innengruppen eines grundlegenden sozialen Wandels für ihre verschlechterte ökonomische Lage selbst verantwortlich gemacht, beschimpft und abgewertet. In dieser Arena des Kampfs um Anerkennung kommen die Begleitfolgen des sozialen Abstiegs zum Vorschein: soziale Disqualifizierung, verletzte Gerechtigkeitsgefühle, Ohnmachtserfahrungen.

Dieses Buch greift die Thematik der 11. Armutskonferenz auf und macht die Abwertungsspirale sowie das Ringen nach Anerkennung, Wertschätzung und Würde zum Thema. Es nimmt dabei Bezug auf eine langjährige Tradition theoretischer Beiträge und Debatten in der Armut- und Verteilungsforschung und bezieht sich auf die unmittelbaren Erfahrungen von Menschen mit Armut- und Ausgrenzungserfahrungen. In den Blick genommen werden auch die Zusammenhänge zwischen mangelnder Anerkennung, gesellschaftlichen Abstiegsängsten und dem Anstieg gesellschaftlich wahrnehmbarer Aggressionen, die vor allem gegenüber sogenannten Randgruppen zum Ausdruck gebracht werden.

„Wir zeigen, wie wichtig ein soziales Netz für uns alle ist, aber auch, was es heißt, wenn es eingerissen und kaputt gemacht wird“, sagt Henriette Gschwendtner, als Betroffene engagiert für die Interessen sozial Benachteiligter. Sie ist eine von 400 Teilnehmer*innen der 11. Armutskonferenz aus Wissenschaft, Selbsthilfeinitiativen, sozialen Organisationen, Bildungseinrichtungen und Armutsbetroffenen. Klar und deutlich erhebt sie ihre Stimme: „Es ist auch die ganze existenzielle Bedrohung, nie zu wissen, was entscheidet die Regierung, mich nicht mehr wehren zu können, weil ich nicht gesund werde und auch nicht mehr erwerbsfähig – ich bin da komplett angewiesen –, und das ist existenziell bedrohlich. Weil das nehmen sie weg, das nehmen sie weg, aber wie lebe ich noch? Wie zahle ich meine Miete, was esse ich noch? Krieg ich noch ein paar Stunden Assistenz, dass ich überleben kann, oder lande ich ... im Altersheim? Es fühlt sich alles nur mehr existenziell an.“

Das Versprechen, dass Leistung und Arbeitseifer soziale Sicherheit, Anerkennung und Achtung garantieren, ist fundamental ins Wanken geraten. Menschen über 50 Jahre werden aufs Abstellgleis gestellt, Mindestsicherungsbezieher*innen werden als Personen mit sozialen Rechten unsichtbar gemacht, arbeitslosen Menschen wird die Integrationshilfe gestrichen und gleichzeitig Untätigkeit unterstellt.

Sozialkürzungen funktionieren nicht. Zumindest nicht so wie behauptet, dass alle dann motivierter, lebendiger und schneller werden. Die Auswirkungen sind schlimm. Ruth Patrick von der Universität Liverpool berichtete in ihrem Vortrag auf der Armutskonferenz von mehr Kinderarmut in England: Viele können sich das Heizen nicht mehr leisten, Familien mit geringem Einkommen sind mit einer massiven Verschlechterung ihrer Gesundheit konfrontiert. Und dann kommt noch etwas hinzu: Die Betroffenen werden abgewertet, vorgeführt und beschimpft. „Diese Abwertungen haben System“, analysiert die Forscherin. „Mit Stigmatisierung wird regiert. Das schlechte Reden über Menschen, die wenig haben, wird gezielt eingesetzt.“ Das funktioniert wie eine „Anti-Sozialstaats-Maschine, die wie ein Panzer alle anderen Lebensrealitäten niederwalzt“.

Eine weitere Stimme einer Betroffenen: „Am Magistrat hat eine Sachbearbeiterin zu mir gesagt: ‚Warum suchen Sie sich keinen Mann, der Sie erhält?‘“ Wer sozial Benachteiligte zu Sündenböcken erklärt, wer Leute am Sozialamt bloßstellt, wer Zwangsinstrumente gegen Arbeitsuchende einsetzt, wer mit erobernder Fürsorge Hilfesuchende entmündigt, der vergiftet den Alltag der Betroffenen. Allzu viele müssen viel zu oft Situationen der Einsamkeit, der Ohnmacht und der Beschämung erleben.

Das Buch gliedert sich in drei große Kapitel mit den Überschriften „Abwertung hat System“, „Anerkennung macht stark“ und „Handeln tut not“. Im Kapitel „Abwertung hat System“ werden die Auswirkungen von Algorithmen analysiert, die Menschen automatisch arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zuteilen. Es geht um die Erfahrungen mit sogenannten Sozialhilfereformen in Großbritannien, das Verhältnis von Abwertung und Wertschätzung von Lebensrealitäten in der Stadt und auf dem Land, den Zusammenhang von Armut und Krise der Demokratie, Leistungsdebatten zur Legitimation von sozialer Ungleichheit sowie Altersarmut in der österreichischen Sozialberichterstattung. Das Kapitel schließt mit der Diskussion der Frage, ob Zorn auf die Reichen nicht ein angemessenes Gefühl wäre.

Das zweite Kapitel „Anerkennung macht stark“ widmet sich den blinden Flecken der Anerkennungstheorie, Methoden der Selbstvertretung, der Darstellung von Kinderarmut in den Massenmedien und der Perspektive Armutsbetroffener auf Abwertungs- und Anerkennungsdiskurse. Außerdem wird die Situation von geflüchteten Kindern zwischen anerkannter Ausgrenzung und geforderter Teilhabe analysiert, die Bedeutung von sozialen Grundrechten betrachtet sowie ein Blick auf die Care-Debatte geworfen.

Im dritten Abschnitt „Handeln tut not“ erzählen wir von Orten der Achtung: Deck Mythen auf! Philosophiere im Park! Bau dir deine Küche! Hol dir dein Recht! Schreib deine Geschichte! Check deine Privilegien! Tu was gegen Beschämung! Lerne eine neue Kultur des Entscheidens! Kämpfe gegen Sozialabbau!

Eingeleitet wird das Buch mit zwei Texten von Nancy Fraser sowie Axel Honneth und Titus Stahl zur Einordnung von Anerkennung, Verteilungsgerechtigkeit und Repräsentation. Reicht eine gerechte Verteilung von Gütern aus, um eine Gesellschaft gerecht zu machen? Wie kann eine Politik der Anerkennung mit den Ansprüchen auf egalitäre Umverteilung verknüpft werden? Wie muss Anerkennung verstanden werden, um soziale Diskriminierungen zu bekämpfen und gleichzeitig Kämpfe für ökonomische Gleichheit zu stärken?

Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz, Christine Sallinger, Martin Schenk, Stefanie Stadlober, Manuela Wade

LESEPROBE

LESEPROBE

Nancy Fraser

Zur Neubestimmung von Anerkennung¹

Aus dem amerikanischen Englisch von B. Nienass

In den 1970er und 1980er Jahren schienen die Kämpfe um die „Anerkennung von Verschiedenheit“ voller emanzipatorischer Hoffnung zu sein. Viele, die im Namen ihrer Sexualität, ihrer Gender-Identität, ihrer Ethnizität oder „Rasse“ mobilisierten, hatten nicht nur die Beanspruchung ihrer bis dato verweigerten Identitäten im Sinn, sondern auch die Bereicherung und thematische Ausbreitung der Kämpfe um Umverteilung von Wohlstand und Macht. Mit der Jahrhundertwende sind die Kämpfe um Anerkennung und Identität noch weiter in den Mittelpunkt gerückt, nun allerdings oft mit einer anderen Ausrichtung: Von Ruanda bis zum Balkan haben Identitätsfragen ethnische Säuberungen und sogar Völkermord angetrieben – wie auch die Mobilisierung und den Widerstand dagegen.

Nicht nur der Charakter dieser Kämpfe hat sich verändert, sondern auch ihr Ausmaß. Vielen weltweiten sozialen Konflikten liegen Ansprüche auf die Anerkennung von Verschiedenheit zu Grunde: von Kampagnen für nationale Souveränität und lokale Autonomie über Kämpfe des Multikulturalismus bis hin zu den neu erstarkten Bewegungen für internationale Menschenrechte, die sowohl Respekt für gemeinsame Menschlichkeit als auch die Wertschätzung kultureller Verschiedenheit vertreten. Diese Ansprüche sind mittlerweile ebenso vorherrschend in sozialen Bewegungen, die vormals die Umverteilung von Ressourcen in den Vordergrund gestellt hatten, wie man am Beispiel des Feminismus beobachten kann. Die Kämpfe schließen eine breite Spanne von Zielen ein, von offenkundig emanzipatorischen bis hin zu geradezu verwerflichen (die meisten liegen womöglich irgendwo dazwischen). Nichtsdestotrotz ist ein genauer Blick auf die gemeinsame Sprache dieser Kämpfe von Bedeutung. Warum nehmen viele der aktuellen

¹ Der vorliegende Beitrag ist eine Übersetzung des englischen Aufsatzes „Rethinking Recognition“, der in *New Left Review* 3, Mai/Juni 2000, S. 107–120, erschienen ist. Er wurde in der deutschen Fassung erstmals abgedruckt in SCHMIDT AM BUSCH, HANS-CHRISTOPH/ZURN, CHRISTOPHER F. (Hg.) (2009): *Anerkennung*, Berlin, Boston: Akademie Verlag, S. 201–212.

Konflikte nach dem Fall des Sowjetkommunismus und mit fortschreitender Globalisierung diese Form an? Warum formulieren so viele Bewegungen ihre Ansprüche in der Sprache der Anerkennung?

Mit diesen Fragestellungen wird zugleich ein relativer Rückgang der Ansprüche für egalitäre Umverteilung angezeigt. Hatte die Sprache der Umverteilung in der Vergangenheit noch eine hegemoniale Position in politischen Auseinandersetzungen, so ist sie nun mehr und mehr in den Hintergrund geraten. Zwar sind die Bewegungen, die in der Vergangenheit offenkundig für gerechte Anteile an Ressourcen und Wohlstand eintraten, nicht vollständig verschwunden, doch aufgrund der anhaltenden neoliberalen Rhetorik gegen den Egalitarismus, des Mangels an glaubwürdigen Modellen eines „realisierbaren Sozialismus“ sowie weitverbreiteter Zweifel über die Durchführbarkeit eines sozialdemokratischen Staatskeynesianismus in Zeiten der Globalisierung hat ihre Rolle deutlich an Relevanz eingebüßt.

Wir begegnen demnach einer neuen Konstellation in der Grammatik politischer Ansprüche, einer Konstellation, die in zweierlei Hinsicht beunruhigend ist. Zum einen vollzieht sich dieser Wechsel von der Umverteilung zur Anerkennung trotz – oder wegen – der Beschleunigung ökonomischer Globalisierung, also in einer Zeit, in der ein aggressiv expandierender Kapitalismus ökonomische Ungleichheiten grundlegend verschlimmert. In diesem Kontext fungieren die Fragen der Anerkennung nicht als Ergänzung, Erweiterung und Bereicherung der Kämpfe um Umverteilung, sondern dienen vielmehr dazu, diese zu verdrängen, zu überschatten und zu verschieben. Ich nenne diesen Vorgang das *Problem der Verdrängung*. Zum anderen ereignen sich die Kämpfe um Anerkennung zu einem Zeitpunkt der raschen Ausweitung transkultureller Interaktion und Kommunikation, wobei zunehmende Migration und der wachsende Austausch von Informationen durch globale Medien zu einer Hybridisierung und Pluralisierung kultureller Formen führen. Die Kämpfe zeichnen sich dabei allerdings in den meisten Fällen nicht durch eine respektvolle Wechselbeziehung in einem zunehmend multikulturellen Kontext aus, sondern durch die drastische Vereinfachung und Verdinglichung von Gruppenidentitäten. Sie neigen so dazu, Separatismus, Intoleranz, Chauvinismus, Patriarchismus und Autoritarismus zu stärken. Diesen Vorgang nenne ich das *Problem der Verdinglichung*.

Beide Probleme – Verdrängung und Verdinglichung – sind gravierend: Indem die Politik der Anerkennung die der Umverteilung verdrängt, droht sie ökonomische Ungleichheiten zu verschärfen; und indem sie Gruppenidentitäten verdinglicht, birgt sie die Gefahr, Menschenrechtsverletzungen zu sanktionieren und genau jene Antagonismen zu festigen, zwischen denen sie zu vermitteln beansprucht. Es ist daher keine Überraschung, dass viele das Etikett „Identitätspolitik“ bereitwillig ablegen oder sogar die generelle Verwerfung von kulturellen Kämpfen anregen. Für manche mag dies bedeuten, den Klassenbegriff auf Kosten von Kategorien wie Gender, Sexualität, „Rasse“ oder Ethnizität erneut in den Vordergrund zu rücken. Andere streben nach einer Wiederbelebung des

Ökonomismus. Wieder andere kommen zu dem Schluss, Ansprüche von Minderheiten pauschal abzulehnen und im Namen des Säkularismus, Universalismus oder Republikanismus die Assimilation mit den Normen der Mehrheit einzufordern.

Solche Reaktionen sind durchaus zu verstehen. Allerdings sind sie zutiefst fehlgeleitet. Nicht alle Formen der Politik der Anerkennung sind schädigend: Einige dieser Formen sind ernsthafte emanzipatorische Reaktionen auf erhebliche Ungerechtigkeiten, die nicht nur auf der Ebene der Umverteilung angegangen werden können. Das Terrain der Kultur birgt Ungerechtigkeiten und ist eng verknüpft mit ökonomischer Ungleichheit – es ist ein legitimer und sogar notwendiger Ort für politische Kämpfe. Sofern sie angemessen verstanden werden, können Anerkennungskämpfe Kämpfen der Umverteilung von Macht und Reichtum helfend zur Seite stehen und Interaktion und Zusammenarbeit fördern, um Klüfte der Verschiedenheit zu überbrücken.

Alles hängt davon ab, wie man „Anerkennung“ versteht. Ich möchte darlegen, dass wir ein neues Verständnis von „Anerkennungspolitik“ benötigen, das uns helfen kann, die Probleme der Verdrängung und der Verdinglichung zu lösen oder zumindest abzuschwächen. Dies bedeutet, dass wir Kämpfe um Anerkennung begrifflich so denken müssen, dass sie in Umverteilungskämpfe integriert werden können und nicht mit ihnen in Konflikt stehen oder sie gar verdrängen. Des Weiteren benötigen wir eine Theorie der Anerkennung, die es uns erlaubt, die volle Komplexität von sozialen Identitäten einzubeziehen und Separatismus und Verdinglichung zu vermeiden. Im Folgenden werde ich diese Gedanken näher entwickeln.

Das Identitätsmodell

Der übliche Ansatz der Politik der Anerkennung, den ich das „Identitätsmodell“ nenne, beginnt mit der Hegelschen Idee von Identität als dialogische Konstruktion in einem Prozess der gegenseitigen Anerkennung. Nach Hegel beschreibt der Begriff der Anerkennung eine ideale wechselseitige Beziehung zwischen Subjekten, in der jeder den Anderen sowohl als seinesgleichen als auch als von ihm verschieden sieht. Diese Beziehung konstituiert Subjektivität: Man wird nur ein individuelles Subjekt, indem man ein anderes Subjekt anerkennt und von einem anderen Subjekt anerkannt wird. Anerkennung von anderen ist demzufolge grundlegend für die Entwicklung einer bewussten Selbstbeziehung. Die Verweigerung von Anerkennung – oder die Diskriminierung² – hat nicht nur

² Anmerkung des Übersetzers: Im englischen Original wird in diesem Kontext der Begriff „misrecognition“ verwendet. „Diskriminierung“ legt im Deutschen keinen zwangsläufigen Bezug auf die Frage der „Anerkennung“ nahe, wie es der Begriff „misrecognition“ im Englischen tut. In diesem Text ist der Begriff jedoch spezifisch als Diskriminierung auf dem Gebiet der Anerkennung zu verstehen, nämlich als mangelnde oder „falsche“ Anerkennung.

eine Verzerrung der Beziehung zum eigenen *Selbst*, sondern auch die Beschädigung der eigenen Identität zur Folge.

Verfechter des Identitätsmodells übertragen das Hegelsche Schema der Anerkennung auf das kulturelle und das politische Terrain. In diesem Ansatz wird die Mitgliedschaft in einer Gruppe, die von der dominanten Kultur abgewertet wird, als Diskriminierung angesehen, die folglich eine Verzerrung der Beziehung zum eigenen *Selbst* bewirkt. Wiederholte Begegnungen mit dem stigmatisierenden Blick des dominanten Anderen führen zu einem negativen Selbstbild der Mitglieder der missachteten Gruppe, denen so die Möglichkeit genommen wird, eine eigene, positive kulturelle Identität zu entwickeln. Unter dieser Perspektive besteht das Ziel einer Politik der Anerkennung darin, die innerliche Verschiebung des Selbst zu beheben, indem das erniedrigende Bild der Gruppe bekämpft wird, das die dominante Kultur verbreitet. Mitglieder der diskriminierten Gruppe sollten diesem Ansatz zufolge die verbreiteten Bilder zurückweisen und stattdessen neue und vor allem eigene Repräsentationen der Gruppe einbringen und durch kollektives Handeln eine eigene Kultur bekräftigen, die ihnen hilft, verinnerlichte negative Identitäten abzuwerfen. Wenn diese Kultur öffentlich geltend gemacht wird, gewinnt die Gruppe den Respekt und die Wertschätzung der gesamten Gesellschaft. Das Ergebnis, im Erfolgsfall, ist „Anerkennung“: die unverzerrte Beziehung zum *Selbst*.

Zweifelsohne enthält dieses Identitätsmodell produktive Einsichten in Bezug auf die psychischen Folgen von Rassismus, Sexismus, Kolonialisierung und kulturellem Imperialismus. Doch gleichzeitig birgt es theoretische und politische Probleme. Durch die Gleichsetzung der Politik der Anerkennung mit Identitätspolitik ermutigt dieses Modell sowohl die Verdinglichung von Gruppenidentitäten als auch die Verdrängung von Umverteilung.

Die Verdrängung der Umverteilung

Ich werde zunächst genauer betrachten, auf welche Weise die Identitätspolitik die Kämpfe um Umverteilung verdrängt. Das Identitätsmodell vernachlässigt das Thema ökonomischer Ungleichheit und behandelt fehlende Anerkennung oder Diskriminierung als ein freistehendes kulturelles Übel: Viele Befürworter der Identitätspolitik ignorieren die Verteilungsungerechtigkeit komplett und konzentrieren sich stattdessen ausschließlich auf die Bemühungen, Veränderungen auf der kulturellen Ebene voranzutreiben. Andere dagegen bestätigen die Bedeutung von *Maldistribuiierung*³ und sind ernsthaft daran inte-

³ Anmerkung des Übersetzers: Im englischen Original wird in diesem Kontext „maldistribution“ benutzt. Dieser Begriff ist ein Neologismus. Er bezieht sich nicht auf jede Art von ungleicher Verteilung, sondern auf solche Arten ungleicher Verteilung, die gleiche Partizipationsmöglichkeiten im sozialen Leben verhindern und somit ungerecht sind.

ressiert, auf diesem Gebiet Abhilfe zu schaffen. Trotz der Unterschiede haben beide Ansätze die Verdrängung von Ansprüchen auf Umverteilung zur Folge.

Der erste Ansatz versteht fehlende Anerkennung oder Diskriminierung als ein Problem kultureller Geringschätzung. Die Wurzeln der Ungerechtigkeit sind demnach in erniedrigenden Repräsentationen zu suchen, wobei diese allerdings nicht als sozial verankert gelten oder in institutionalisierten Bedeutungen oder Normen ihren Ausdruck finden, sondern viel mehr in frei schwebenden Diskursen zu finden sind. Durch diese Hypostasierung der Kultur wird das Problem der fehlenden Anerkennung und der Diskriminierung von seiner institutionellen Struktur begrifflich gelöst und seine Verflechtung mit der Verteilungsungerechtigkeit verschleiert. Dieser Ansatz läuft so zum Beispiel Gefahr, die (in Arbeitsmärkten institutionalisierten) Verknüpfungen zwischen androzentrischen Normen, die die als „feminin“ kodierten Aktivitäten abwerten, auf der einen Seite und den niedrigen Löhnen der Arbeiterinnen auf der anderen Seite zu übersehen. Zugleich werden die Verknüpfungen zwischen den heterosexistischen Normen des Wohlfahrtsstaates, die beispielsweise Homosexualität delegitimieren, auf der einen Seite und die Verweigerung von Ressourcen für Schwule und Lesben auf der anderen Seite übersehen. Die Verschleierung dieser Verbindungen entledigt das Konzept der Diskriminierung seiner sozial-strukturellen Grundlagen und setzt es stattdessen mit der Verzerrung von Identität gleich. Mit dieser Reduzierung der Politik der Anerkennung auf Identitätspolitik wird der Verdrängung der Umverteilungskämpfe der Weg geebnet.

Ein zweiter Ansatz der Identitätspolitik vermeidet eine solche Missachtung von *Maldistribution*. Dieser Ansatz erkennt, dass kulturelle Ungerechtigkeiten oft in Verbindung zu ökonomischen Ungerechtigkeiten stehen, missversteht allerdings die Beschaffenheit dieser Verbindung. Tatsächlich folgt dieser Ansatz einer „kulturalistischen“ Theorie der gegenwärtigen Gesellschaft: Verfechter dieser Perspektive glauben, dass *Maldistribution* lediglich ein Nebeneffekt von Diskriminierung oder fehlender Anerkennung ist. Ökonomische Ungleichheiten sind somit einfache Manifestationen kultureller Hierarchien; Klassenunterdrückung ist folglich eine Konsequenz der kulturellen Entwertung proletarischer Identität im Überbau (oder, wie man in den USA sagen würde, eine Konsequenz des „classism“). *Maldistribution* kann demzufolge indirekt durch die Politik der Anerkennung beseitigt werden. Eine Neubewertung von vormals abgewerteten Identitäten greift gleichzeitig die tiefen Strukturen ökonomischer Ungleichheit an – explizite Umverteilungskämpfe werden nicht benötigt.

Auf diese Weise kehren kulturalistische Verfechter der Identitätspolitik lediglich die Standpunkte einer frühen Form des vulgär-marxistischen Ökonomismus um: Sie billigen, dass die Politik der Anerkennung die Umverteilungskämpfe verdrängt, ebenso wie der vulgäre Marxismus die Verdrängung der Politik der Anerkennung durch Umverteilungskämpfe gebilligt hat. In Wirklichkeit ist vulgärer Kulturalismus ebenso unzureichend für ein Verständnis der gegenwärtigen Gesellschaft wie es der vulgäre Marxismus war.

Zugegebenermaßen hätte der kulturalistische Ansatz seine Berechtigung in einer Gesellschaft ohne relativ autonome Märkte, in der kulturelle Werte nicht nur die Beziehungen der Anerkennung, sondern auch jene der Verteilung regulieren würden. In einer solchen Gesellschaft wären ökonomische Ungleichheit und kulturelle Hierarchien nahtlos verbunden; Geringschätzung bestimmter Identitäten würde sich direkt in ökonomische Ungerechtigkeit übertragen; Diskriminierung auf dem Gebiet der Anerkennung würde unmittelbar zu *Maldistribuiierung* führen. Folglich wäre beiden Formen der Ungerechtigkeit in einem einzigen Ansatz beizukommen und eine erfolgreiche Politik der Anerkennung würde gleichzeitig dem Problem der *Maldistribuiierung* entgegenwirken. Doch diese Idee einer rein „kulturellen“ Gesellschaft ohne ökonomische Beziehungen, die so viele Generationen von Anthropologen fasziniert hat, hat keinen Bezug zur aktuellen Realität, in der die Marktorientierung alle Gesellschaften zunehmend durchdringt und in der ökonomische Mechanismen zumindest teilweise von kulturellen Wertesystemen entkoppelt sind. Märkte sind in weiten Teilen unabhängig von diesen Wertesystemen und folgen ihrer eigenen Logik, die niemals vollständig durch kulturelle Systeme eingeschränkt oder ihnen untergeordnet ist. Somit erzeugen Märkte ökonomische Ungleichheiten, die nicht nur als Ausdruck hierarchisch angeordneter Identitäten verstanden werden können. Unter diesen Umständen ist die Idee des Heilmittels der Politik der Anerkennung gegen alle Formen der *Maldistribuiierung* irreführend. Das Ergebnis dieses Ansatzes ist stattdessen die Verdrängung der Kämpfe für ökonomische Gerechtigkeit.

Verdinglichung von Identitäten

Verdrängung ist jedoch nicht das einzige Problem des Modells der Identitätspolitik; dieses Modell neigt zudem zu einer Verdinglichung von Identitäten. Durch das Hervorheben der Notwendigkeit, eine authentische, selbstaffirmative und selbst erzeugte kollektive Identität zu entfalten, werden individuelle Mitglieder moralisch unter Druck gesetzt, sich der vorherrschenden Kultur ihrer Gruppe anzupassen. Kultureller Dissens und Experimentierfreude werden dementsprechend selten ermutigt oder sogar als Abtrünnigkeit ausgelegt. Gleiches gilt für Kritik an der vorherrschenden Kultur oder Versuche, die Trennlinien innerhalb einer Gruppe zu verstehen, wie z. B. jene, die sich entlang der Kategorien von Gender, Sexualität und Klasse ergeben. So wird beispielsweise eine genaue Überprüfung patriarchalischer Strukturen innerhalb einer untergeordneten Kulturgruppe abgelehnt und durch das Identitätsmodell tendenziell als „unauthentisch“ abgetan. Der Gesamteffekt dieser Tendenzen ist die Aufdrängung einer einzelnen, drastisch vereinfachten Gruppenidentität, die die Komplexität von Lebensweisen, die Vielfalt an Identifikationen und die Spannungen zwischen den verschiedenen Zugehörigkeiten verleugnet. Ironischerweise fördert das Identitätsmodell auf diese Art und Weise Diskriminierung;

Durch die Verdinglichung von Identitäten werden die politischen Aspekte der kulturellen Identifikation und die Kämpfe um die Autorität und Macht der Repräsentationshoheit innerhalb der Gruppe verdeckt. Durch die Verschleierung dieser Kämpfe bleibt die Machtposition der dominanten Teile der Gruppe nicht nur verborgen, sondern wird weiter verfestigt. Das Identitätsmodell endet dadurch recht schnell in Formen des repressiven Kommunitarismus und treibt Konformismus, Intoleranz und Patriarchismus voran.

Darüber hinaus ist sich das Identitätsmodell in vielen Fällen paradoxerweise nicht einmal seiner Hegelschen Voraussetzungen bewusst. Ausgehend von der Annahme, dass Identität dialogisch in der Wechselwirkung mit einem anderen Subjekt konstruiert wird, verfällt das Modell dennoch in einen Monologismus, in dem diskriminierte Subjekte und Gruppen ihre Identität für sich allein konstruieren können – und sollten. Weiterhin wird angenommen, dass Gruppen ein Recht darauf haben, ausschließlich in Übereinstimmung mit ihrem Selbstbild wahrgenommen zu werden. Externe Perspektiven eines anderen Subjektes oder Abweichungen von diesem Selbstbild können nicht gerechtfertigt werden. Diese Sicht kultureller Identität als Funktion einer Selbstbeschreibung, die dem anderen als *obiter dictum* präsentiert wird, steht jedoch im direkten Gegensatz zum dialogischen Modell. Der Versuch, „authentische“ kollektive Selbstdarstellungen von öffentlicher Kritik freizustellen, ist der sozialen Interaktion, die es vermag, Verschiedenheit zu überbrücken, alles andere als förderlich: Im Gegenteil, er ermutigt Separatismus und die Isolation von Gruppen.

Das Identitätsmodell der Anerkennung ist somit in weiten Teilen mangelhaft. Aus theoretischer Sicht unzulänglich, aus politischer Sicht problematisch, setzt dieses Modell „Anerkennung“ mit „Identitätspolitik“ gleich und ermutigt so die Verdinglichung von Gruppenidentitäten und die Verdrängung der Politik der Umverteilung.

Diskriminierung als Statusunterordnung

Ich werde folglich einen alternativen Ansatz vorschlagen, in dem Anerkennung als Frage des sozialen Status behandelt wird. In diesem Ansatz ist es nicht eine gruppenspezifische Identität, die Anerkennung erfordert, sondern der Status individueller Gruppenmitglieder als vollwertige Partner in sozialer Interaktion. Diskriminierung bedeutet dementsprechend nicht Abwertung und Deformierung von Gruppenidentitäten, sondern soziale Unterordnung – die Verhinderung gleichrangiger Teilnahme am sozialen Leben. Diese Ungerechtigkeit ist durchaus weiterhin durch eine Politik der Anerkennung zu bekämpfen, allerdings ist diese Politik im „Statusmodell“ nicht mehr auf die Identitätsfrage beschränkt. Vielmehr zielt eine solche Politik auf die Bekämpfung der Unterordnung ab, indem sie die diskriminierte Partei als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft etabliert und somit die ebenbürtige Teilnahme am sozialen Leben gewährleistet.

Dieser Ansatz benötigt weitere Erläuterungen. Anerkennung als Frage des Status zu verstehen bedeutet, institutionalisierte Muster kultureller Werte und ihre Effekte auf relative Positionen sozialer Akteure zu hinterfragen. Wenn solche Konstellationen gleichrangige Akteure konstituieren, die auf gleicher Augenhöhe am sozialen Leben teilnehmen können, können wir von gegenseitiger Anerkennung und Statusgleichheit sprechen. Sollten dagegen einige Akteure aus diesen Konstellationen als untergeordnet, ausgeschlossen, „fremd“ oder schlicht unsichtbar hervorgehen – mit anderen Worten, als nicht vollwertige Partner in sozialer Interaktion –, dann können wir dies als Diskriminierung oder soziale Unterordnung bezeichnen. In dieser Perspektive ist Diskriminierung weder als psychische Deformation noch als freistehendes kulturelles Übel zu verstehen, sondern als ein institutionalisiertes Verhältnis sozialer Unterordnung. Diskriminiert zu werden bedeutet demnach nicht einfach, von anderen anmaßend bewertet zu werden oder in deren Einstellungen, Überzeugungen oder Repräsentationen abgewertet zu werden, sondern vielmehr die Aberkennung des Status als ein vollwertiger Partner in sozialer Interaktion als Folge institutionalisierter Muster kultureller Werte, die bestimmte Teilnehmer des sozialen Lebens als des Respekts und der Wertschätzung unwürdig konstituieren.

Im Statusmodell wird Diskriminierung darüber hinaus nicht durch frei schwebende kulturelle Repräsentationen oder Diskurse weitergeleitet, sondern wird, wie wir gesehen haben, durch institutionalisierte Muster ausgeübt. Das heißt in anderen Worten, Diskriminierung entsteht durch die Effekte jener sozialen Institutionen, die soziale Interaktion gemäß kulturellen Normen gestalten, die die Gleichstellung sozialer Akteure verhindern. Beispiele sind unter anderem im Eherecht zu finden, welches gleichgeschlechtliche Partnerschaften ausschließt und als unrechtmäßig und pervers konstituiert; oder in einer Sozialpolitik, die alleinerziehende Mütter als sexuell verantwortungslose Schnorrer stigmatisiert; und in Polizeipraktiken wie der Risikobewertung nach ethnischer Zugehörigkeit, in der Personen rassistisch konstruiert und mit Kriminalität in Verbindung gebracht werden. In jedem dieser Fälle wird soziale Interaktion durch institutionalisierte Muster kultureller Werte reguliert, die bestimmte Kategorien sozialer Akteure als Norm und andere als unzureichend oder minderwertig konstituieren: „heterosexuell“ ist normal, „schwul“ ist pervers; Haushalte mit männlichem Hauptverdiener sind ordnungsgemäß, jene mit weiblichem Hauptverdiener sind es nicht; „Weiße“ sind gesetzestreu, „Schwarze“ sind gefährlich. In jedem dieser Fälle wird einigen Mitgliedern der Gesellschaft der Status als vollwertiger Partner in sozialer Interaktion versagt und somit die Möglichkeit der ebenbürtigen Teilnahme am sozialen Leben verbaut.

Diese Beispiele zeigen, dass Diskriminierung eine Fülle von Formen annehmen kann. In heutigen komplexen, differenzierten Gesellschaften werden jene kulturellen Werte, die die Gleichstellung sozialer Akteure verhindern, in einer Vielzahl institutioneller Schauplätze und in qualitativ unterschiedlichen Modalitäten institutionalisiert. In manchen Fällen ist Diskriminierung verrechtlicht und ausdrücklich in formalem Recht kodifiziert; in anderen

Fällen wird Diskriminierung durch Regierungspolitik, Verwaltungsregeln oder Berufspraktiken institutionalisiert. Darüber hinaus findet eine informelle Institutionalisierung durch freiwillige Zusammenschlüsse im öffentlichen Raum, anhaltende soziale Konventionen und sedimentierte soziale Praktiken der Zivilgesellschaft statt. Trotz dieser unterschiedlichen Formen bleibt der Kern der Ungerechtigkeit jedoch der gleiche: Institutionalisierte Muster kultureller Werte konstituieren einige soziale Akteure als nicht vollwertige Mitglieder der Gesellschaft und verhindern so ihre gleichwertige Teilnahme am sozialen Leben.

Im Statusmodell ist Diskriminierung demnach eine Form institutionalisierter Unterordnung und somit eine schwerwiegende Verletzung des Gerechtigkeitsprinzips. Wo auch immer diese Diskriminierung erfolgt, ganz gleich auf welche Art und Weise, sind Ansprüche auf Anerkennung ohne Frage angebracht. Allerdings muss dieser Anspruch genau bestimmt werden: In dem hier präsentierten Ansatz wird nicht die Aufwertung bestimmter Gruppenidentitäten vorangetrieben, sondern die Überwindung von sozialer Unterordnung. Ansprüche auf Anerkennung streben somit danach, untergeordnete Parteien als vollwertige Partner im sozialen Leben zu etablieren und Interaktion mit anderen auf gleicher Höhe zu gewährleisten. Sie streben mit anderen Worten danach, jene Muster kultureller Werte zu „deinstitutionalisieren“, die eine gleichgestellte Teilnahme aller sozialen Akteure verhindern, und durch Konstellationen zu ersetzen, die eine solche Gleichstellung unterstützen. Diskriminierung beseitigen bedeutet also, soziale Institutionen zu verändern – oder, genauer gesagt, eine Veränderung derjenigen Werte, die Interaktionen regulieren und der Gleichstellung der Teilnehmer im Wege stehen, und zwar auf allen relevanten institutionellen Schauplätzen. Wie genau ein solches Bestreben auszusehen hat, hängt vom jeweiligen Fall und seiner Modalität der institutionalisierten Diskriminierung ab. Verrechtlichte Formen erfordern rechtliche Veränderungen, Formen, die in der Regierungspolitik verankert sind, fordern regierungspolitische Veränderungen, zivilgesellschaftliche Formen erfordern zivilgesellschaftliche Veränderungen usw. Die Modalitäten und Akteure sowie ihre Wirkung variieren ebenso wie die institutionellen Schauplätze. In jedem dieser Fälle ist das Ziel jedoch das gleiche: Die Beseitigung von Diskriminierung bedeutet, institutionalisierte Wertmuster, die eine gleichgestellte Teilnahme verhindern, mit solchen, die Gleichstellung fördern, auszutauschen.

Wenn wir nun noch einmal auf das Beispiel des Eherechts zurückkommen, das Schwulen und Lesben gleichgestellte Teilnahme versagt, so haben wir gesehen, dass der Ursprung der Ungerechtigkeit in der verrechtlichten Institutionalisierung eines heterosexuellen kulturellen Wertmusters liegt, welches Heterosexualität als Normalität konstituiert und Homosexualität als Perversion. Die Beseitigung der Ungerechtigkeit erfordert in diesem Fall eine „Deinstitutionalisierung“ dieses Wertmusters und dessen Austausch durch eine Alternative, die Gleichstellung begünstigt. Dies kann auf verschiedene Arten geschehen: Ein möglicher Weg wäre, Partnerschaften von Schwulen und Lesben durch

Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe die gleiche Anerkennung zuzusprechen wie heterosexuellen Partnerschaften. Ein anderer Weg wäre, die heterosexuelle Ehe zu deinstitutionalisieren und Ansprüche (wie z. B. den Anspruch auf Gesundheitsversorgung) vom Familienstand zu entkoppeln und stattdessen einer anderen Basis, z. B. der Staatsbürgerschaft, zuzuordnen. Wenngleich es gute Gründe geben mag, einen dieser Ansätze dem anderen vorzuziehen, würden beide Ansätze grundsätzlich sexuelle Gleichheit fordern und diese spezifische Ausprägung von Diskriminierung beseitigen.

Das Statusmodell verschreibt sich somit nicht *a priori* einem bestimmten Mittel gegen Diskriminierung, sondern erlaubt eine Reihe von Möglichkeiten, abhängig von den notwendigen Schritten auf dem Weg zu einer gleichgestellten Position in der Teilnahme am sozialen Leben. In manchen Fällen kann dies die Entlastung einer bestimmten Gruppe von übermäßiger – zugeschriebener und konstruierter – „Besonderheit“ bedeuten. In anderen Fällen kann es bedeuten, einer bis dato nicht anerkannten Verschiedenheit neue Anerkennung zukommen zu lassen. In wieder anderen Fällen muss der Blick möglicherweise auf dominante und begünstigte Gruppen gerichtet werden, um ihren angeblichen Universalismus als privilegierte Besonderheit zu demaskieren. Darüber hinaus ist in anderen Fällen die Dekonstruktion eben jener Sprache nötig, in der die Konstruktion von Verschiedenheit gegenwärtig ihren Ausdruck findet. In jedem dieser Fälle passt das Statusmodell das Mittel den konkreten gleichheitshemmenden Gegebenheiten an. Im Gegensatz zum Identitätsmodell gewährt dieses Modell jenen Ansätzen, die Gruppenspezifität wertschätzen, somit keine Vormachtstellung. Der entscheidende Punkt des Statusmodells ist die Überzeugung, dass sich die Anerkennungspolitik nicht nur auf die Anerkennung von Identitäten bezieht, sondern nach institutionellen Mitteln gegen institutionalisierte Benachteiligungen suchen muss. Diese Politik versucht Statusunterordnungen zu überwinden, indem sie die Werte verändert, die soziale Interaktionen regulieren, und neue Wertmuster einführt, die die Gleichstellung bei der Teilnahme am sozialen Leben gewährleisten. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Kultur in ihren sozial verankerten Formen (im Gegensatz zu frei schwebenden Formen).

Maldistribuiierung

Es gibt einen weiteren wichtigen Unterschied zwischen dem Status- und dem Identitätsmodell. Institutionalisierte Muster kultureller Werte sind nicht die einzigen Hindernisse auf dem Weg zu gleichwertiger Teilnahme. Gleichstellung auf dem Gebiet der Teilnahme am sozialen Leben ist darüber hinaus auch eine Frage des Zugangs zu den benötigten Ressourcen. In diesen Fällen bedeutet Maldistribuiierung gleichzeitig die Behinderung von Gleichstellung in der Teilnahme am sozialen Leben und ist damit eine Form von sozialer Unterordnung und Ungerechtigkeit. Anders als das Identitätsmodell begreift das Statusmodell soziale Gerechtigkeit als zweidimensional, mit zwei analytisch zu unterscheidenden Dimensionen:

eine Dimension der Anerkennung, die die Effekte institutionalisierter Bedeutungen und Normen hinsichtlich der relativen Positionierung sozialer Akteure betrifft; und eine Dimension der Verteilung, die die Allokation verfügbarer Ressourcen an soziale Akteure beinhaltet.⁴

Beide Dimensionen sind folglich mit einem analytisch eigenständigen Aspekt der sozialen Ordnung zu assoziieren. Die Dimension der Anerkennung entspricht der Statusordnung der Gesellschaft und somit der Konstitution kulturell definierter Kategorien sozialer Akteure – Statusgruppen – durch sozial verankerte Muster kultureller Werte. Jede dieser Statusgruppen unterscheidet sich anhand von Ehre, Prestige und Achtung in der Interaktion mit anderen. Die Dimension der Verteilung hingegen entspricht der ökonomischen Struktur der Gesellschaft und somit der Konstitution ökonomisch definierter Kategorien von Akteuren oder Klassen durch Besitzregime und Arbeitsmärkte. Diese Akteure werden durch ihren unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen differenziert.⁵

Jede Dimension ist darüber hinaus mit einer analytisch eigenständigen Form von Ungerechtigkeit verknüpft. Für die Dimension der Anerkennung ist dies, wie wir gese-

⁴ Anmerkung der Autorin (2009): An anderer Stelle habe ich später eine dritte, „politische“ Dimension der Gerechtigkeit begrifflich erfasst. Diese Dimension beinhaltet eine weitere Kategorie von Hindernissen für gleichwertige Teilnahme, die ihre Wurzeln in der politischen Struktur einer Gesellschaft hat und nicht in der politischen Ökonomie oder Statusordnung. Diese politischen Ungerechtigkeiten, die ich als *Misrepräsentation* (Anmerkung des Übersetzers: Im englischen Original wird hier *misrepresentation* benutzt) bezeichne, beinhalten u. a. Entscheidungsfindungsprozesse, die selbst in Abwesenheit von *Maldistribuiert* und Diskriminierung bestimmte Menschen marginalisieren, so z. B. durch Wahlsysteme mit einfacher Mehrheitswahl, die quasipermanenten Minderheiten eine eigene Stimme versagen; oder durch eine Einteilung des politischen Raumes, die grenzüberschreitende Gerechtigkeitsansprüche verhindert. Diese dritte Kategorie von Hindernissen für gleichwertige Teilnahme zeigt deutlich meinen Bezug auf Max Weber, im Besonderen auf seinen Aufsatz: „Klassen, Stände und Parteien“ (in: M. Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Köln, Berlin 1994, S. 678–689). Im vorliegenden Aufsatz benutze ich eine Version von Webers Unterscheidung zwischen Klasse und Status in Form der Unterscheidung zwischen Verteilung und Anerkennung. Doch Webers eigene Unterscheidung ist dreigeteilt: „Klassen, Stände und Parteien“. Er hat so den Weg für ein theoretisches Verständnis der Ungerechtigkeiten auf dem Gebiet der *Misrepräsentation* geebnet. Für eine detaillierte Darstellung der politischen Dimension von Gerechtigkeit siehe Nancy Fraser, „Reframing Justice in a Globalizing World“, *New Left Review* 36 (November/Dezember 2005), S. 69–88 (ebenfalls erschienen in Nancy Fraser, *Scales of Justice: Reimagining Political Space in a Globalizing World*, New York 2008). Im vorliegenden Artikel beschränke ich mich allerdings auf *Maldistribuiert* und Diskriminierung.

⁵ In diesem Artikel benutze ich bewusst keine Marxsche Auffassung des Klassenbegriffs, sondern eine Webersche. Das bedeutet, dass ich die Klassenposition eines Akteurs als seine/ihre Beziehung zum Markt verstehe und nicht als seine/ihre Beziehung zu den Produktionsmitteln. Diese Webersche Auffassung des Klassenbegriffs als *ökonomische* Kategorie stimmt besser mit meinem Interesse an der Verteilung als *normative* Dimension der Gerechtigkeit überein als die Marxsche Auffassung des Klassenbegriffs als *soziale* Kategorie. Dennoch bedeutet dies nicht, dass ich das Marxsche Verständnis der „kapitalistischen Produktionsweise“ als soziale Gesamtheit ablehne. Im Gegenteil: Ich finde, die Idee hat eine wertvolle Funktion als Rahmenwerk, in dem man die Weberschen Konzepte des Status und der Klasse unterbringen kann. Ich lehne somit die gebräuchliche Sicht ab, nach der Marx und Weber als gegensätzliche und unvereinbare Denker angesehen werden. Siehe für die Webersche Definition des Klassenbegriffs: Max Weber, „Klassen, Stände und Parteien“.

hen haben, die Form der Diskriminierung. Für die Dimension der Verteilung ist die entsprechende Form die *Maldistribuiung*: ökonomische Strukturen, Besitzregimes und Arbeitsmärkte entziehen Akteuren die Ressourcen, die zur vollen Teilnahme am sozialen Leben benötigt werden. Und schließlich entspricht jede Dimension einer analytisch eigenständigen Form von Unterordnung: Die Dimension der Anerkennung korrespondiert, wie gesehen, mit der Statusunterordnung, die ihre Wurzeln in institutionalisierten Mustern kultureller Werte hat; die Dimension der Verteilung korrespondiert mit ökonomischer Unterordnung, hervorgerufen durch strukturelle Eigenschaften des ökonomischen Systems.

Es lässt sich folglich zusammenfassend sagen, dass das Statusmodell das Problem der Anerkennung in einem größeren sozialen Rahmen verortet. Aus dieser Perspektive erscheinen Gesellschaften als komplexe Felder, die sowohl kulturelle als auch ökonomische Formen sozialer Ordnung umfassen. Unter kapitalistischen Bedingungen ist jedoch keine Form auf die jeweils andere zu reduzieren. Im Gegenteil: Die ökonomische Dimension ist von der kulturellen Dimension relativ losgelöst, da marktorientierte Bereiche, in denen strategische Interaktion vorherrscht, sich von nicht marktorientierten Bereichen und deren werteregulierter Interaktion unterscheiden. Das Ergebnis ist eine teilweise Loslösung ökonomischer Verteilung von Strukturen des sozialen Ansehens. In kapitalistischen Gesellschaften bestimmen kulturelle Wertmuster daher nicht automatisch die ökonomische Verteilung (wie es die kulturalistische Gesellschaftstheorie behauptet), und ökonomische Klassenunterschiede spiegeln nicht einfach die Statushierarchien einer Gesellschaft wider. Vielmehr entkoppelt sich *Maldistribuiung* von Diskriminierung. Nach dem Statusmodell kann Verteilungsgerechtigkeit somit nicht nur durch Anerkennung allein überwunden werden. Es bedarf zusätzlich einer Politik der Umverteilung.⁶

Andererseits können die Dimensionen der Verteilung und Anerkennung in kapitalistischen Gesellschaften nicht sauber voneinander getrennt werden. Im Statusmodell sind beide Dimensionen eng miteinander verknüpft und stehen in einer kausalen Beziehung zueinander. Ökonomische Fragen wie die der Einkommensverteilung beinhalten gleichzeitig implizit die Dimension der Anerkennung: Im Arbeitsmarkt institutionalisierte Wertmuster können z. B. Aktivitäten begünstigen, die als „maskulin“ oder „weiß“ kodiert sind, und somit zur Benachteiligung jener Aktivitäten führen, die als „feminin“ oder

⁶ Für vollständigere Diskussionen der Unmöglichkeit, *Maldistribuiung* und Diskriminierung sowie Klasse und Status in gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften aufeinander zu reduzieren, siehe N. Fraser, „Heterosexism, Misrecognition, and Capitalism: A Response to Judith Butler“, *New Left Review*, 1/228, März/April 1998, S. 140–149 sowie „Social Justice in the Age of Identity Politics: Redistribution, Recognition and Participation“, in: *The Tanner Lectures on Human Values*, Volume 19, hg. v. G. B. Peterson, Salt Lake City 1998, S. 1–67.

„schwarz“ angesehen werden. Umgekehrt haben Anerkennungsfragen – etwa ästhetische Beurteilungen – einen Bezug zur Ebene der Verteilung: Reduzierter Zugang zu ökonomischen Ressourcen kann so z. B. gleichgestellte Teilnahme an der Herstellung von Kunst verhindern.⁷ Das Ergebnis ist oft ein Teufelskreis der Unterordnung, in dem die Statusordnung und die ökonomische Struktur sich gegenseitig durchdringen und einander stärken.

Im Gegensatz zum Identitätsmodell betrachtet das Statusmodell Diskriminierung demnach im Kontext eines breiteren Verständnisses der gegenwärtigen Gesellschaft. Aus diesem Blickwinkel kann Statusunterordnung nicht isoliert von ökonomischen Bedingungen verstanden werden und Anerkennung nicht vollständig von der Dimension der Verteilung getrennt werden. Nur durch die gleichzeitige Berücksichtigung beider Dimensionen kann untersucht werden, was in einem bestimmten Fall als Hindernis für gleichwertige Teilnahme fungiert. Nur durch das genaue Verständnis der komplexen Verflechtungen zwischen Status und ökonomischer Klasse können die besten Wege der Bekämpfung von Ungerechtigkeit herausgearbeitet werden. Das Statusmodell versucht somit den Verdrängungstendenzen gegenüber Verteilungskämpfen entgegenzuwirken. Es lehnt eine Definition von „Anerkennung“ als frei schwebendes kulturelles Übel ab und versteht, dass die Statusunterordnung oft eng mit Verteilungsungerechtigkeit verbunden ist. Anders als die kulturalistische Gesellschaftstheorie vermeidet das Statusmodell allerdings eine vereinfachende Annahme über diese komplexe Verbindung. Stattdessen nimmt dieses Modell wahr, dass nicht alle Formen ökonomischer Ungerechtigkeit durch Anerkennung allein überwunden werden können, und plädiert folglich für einen Ansatz, der Anerkennungsansprüche mit Umverteilungsansprüchen integriert und so das Problem der Verdrängung entschärft. Darüber hinaus vermeidet das Statusmodell die Verdinglichung von Gruppenidentitäten: Wie wir gesehen haben, sind es in diesem Ansatz nicht gruppenspezifische Identitäten, die der Anerkennung bedürfen, sondern der Status von Individuen als vollwertige Partner in sozialer Interaktion. Diese Ausrichtung bietet mehrere Vorteile. Durch seinen Fokus auf die Effekte institutionalisierter Normen auf die Interaktionskapazitäten von Individuen vermeidet dieses Modell eine Hypostasierung der Kultur und bannt die Gefahr, lediglich für bestimmte Identitätskonstruktionen anstelle von wirklichem sozialem Wandel einzutreten. Und indem es das Problem der Diskriminierung nicht durch eine Aufwertung bestehender Identitäten zu lösen versucht, vermeidet das Statusmodell die Essentialisierung gegenwärtiger Konstellationen und eröffnet Möglichkeiten historischen Wandels. Des Weiteren sorgt die normative Vorgabe der gleichwertigen Teilnahme dafür, dass das Statusmodell Anerkennungsansprüche demokratischen Prozessen öffentlicher Rechtfertigung unterwirft und somit den autoritären Monologis-

⁷ Für eine umfassende, wenngleich reduzierende Darstellung dieses Themas, siehe P. Bourdieu, *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M. 1987.

mus einer Politik der Authentizität vermeidet und stattdessen für transkulturellen Austausch und gegen Separatismus und die Isolation von Gruppen eintritt. Das Statusmodell spricht sich damit deutlich gegen einen repressiven Kommunitarismus aus.

Halten wir fest: Heutige Kämpfe um Anerkennung nehmen häufig die Gestalt einer Identitätspolitik an. Während sie sich gegen erniedrigende kulturelle Repräsentationen untergeordneter Gruppen richten, betreiben sie oft eine begriffliche Loslösung des Problems der Diskriminierung von dessen institutionellem Kontext und dem Kontext der politischen Ökonomie. Und insofern sie „authentische“ kollektive Identitäten stärken, behindern sie eine Interaktion, die es vermag, Verschiedenheit zu überbrücken, und verstärken stattdessen Separatismus, Konformismus und Intoleranz. Das Ergebnis ist in zweifacher Hinsicht bedauernd: Anerkennungskämpfe verdrängen in vielen Fällen Kämpfe für ökonomische Gerechtigkeit und fördern repressive Formen von Kommunitarismus. Die Lösung kann jedoch nicht einfach eine Ablehnung der Anerkennungspolitik sein. Das würde bedeuten, Millionen von Menschen schwerwiegenden Ungerechtigkeiten zu unterwerfen, denen nur durch eine Form der Anerkennungspolitik beizukommen ist. Was benötigt wird, ist vielmehr eine alternative Anerkennungspolitik: eine *nicht identitäre* Politik, die Diskriminierung bekämpft, ohne zu Verdrängung und zu Verdinglichung zu führen. Ich habe dargelegt, warum das Statusmodell eine Grundlage für eine solche Politik bietet: Die Verdrängung der Kämpfe um Umverteilung kann abgeschwächt oder sogar komplett verhindert werden, indem Anerkennung als eine Frage des Status verstanden wird und das Verhältnis von „Anerkennung“ und „ökonomischer Klasse“ untersucht wird; und das Umgehen des Identitätsmodells schwächt oder bannt die Gefahr der Verdinglichung von kollektiven Identitäten.

Der vorliegende Beitrag ist ein Nachdruck von Nancy Fraser: Zur Neubestimmung von Anerkennung; in: Christopher F. Zurn & Hans-Christoph Schmidt am Busch (Hg.): Anerkennung. Deutsche Zeitschrift für Philosophie/Sonderband 21, Berlin, Boston: Akademie Verlag, 2009, S. 201–212. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

LESEPROBE

Axel Honneth, Titus Stahl

Jenseits der Verteilungsgerechtigkeit: Anerkennung und sozialer Fortschritt

Wie der Wandel gesellschaftlicher Wertschätzung philosophisch beurteilt werden kann

Eine gerechte Verteilung von Gütern reicht nicht aus, um eine Gesellschaft gerecht zu machen. Gerechtigkeitstheorien müssen auch die sozialen Beziehungen in den Blick nehmen: Wirkliche soziale Gerechtigkeit herrscht erst, wenn es Institutionen gibt, die uns die Chance einräumen, soziale Anerkennung zu erfahren.

Wie muss eine Gesellschaft aussehen, die wirklich sozial gerecht ist? Diese Frage gehört zu den Grundthemen der Sozialphilosophie. Wenn wir über dieses Problem nachdenken, denken wir primär daran, wie in einer Gesellschaft bestimmte Güter verteilt sind, wie etwa Einkommen, Besitz, Bildung und soziale Sicherheit. In einer gerechten Gesellschaft, so eine naheliegende Annahme, müssen diese Güter nach den richtigen Kriterien verteilt sein. Die klassische Gerechtigkeitstheorie – im 20. Jahrhundert beispielhaft von dem amerikanischen Philosophen John Rawls (1921–2002) vertreten – konzentriert sich daher genau auf diese Frage, Kriterien für die gerechte Verteilung sozialer Güter zu entwickeln.

Aus mehreren Gründen erweist sich jedoch bei genauerem Hinsehen, dass dieser Fokus auf die Verteilung von Gütern wichtige Prämissen ausblendet: Nicht nur setzt die so gestellte Frage nach der Gerechtigkeit eine sozial verbindliche Definition dessen voraus, was als Gut gilt. Es muss auch angenommen werden, dass es einen fest umgrenzten Kreis von Betroffenen gibt, zwischen denen Gerechtigkeit herrschen kann. Schließlich legt dieses Modell außerdem nahe, dass es das Verhalten einer zentralen Verteilungsinstanz regulieren soll, die die Macht besitzt, bestimmte Güter beliebig umzuverteilen. Diese



„Wir zeigen, wie wichtig ein soziales Netz für uns alle ist, aber auch, was es heißt, wenn es eingerissen und kaputt gemacht wird.“

Armut ist nicht nur ein Mangel an Einkommen. Armut ist auch verbunden mit einem Verlust an sozialem Status. In öffentlichen Debatten werden die jeweiligen Verlierer*innen für ihre verschlechterte ökonomische Lage oft selbst verantwortlich gemacht, beschimpft und abgewertet.

Die Beiträge dieses Buches zeigen auf, wie Armut in aktuellen sozialpolitischen Debatten verhandelt wird. Sie machen die Abwertungsspirale und Begleitfolgen wie soziale Disqualifizierung und Ohnmachtserfahrungen ebenso zum Thema wie das Ringen um Anerkennung, Wertschätzung und Würde. Die Thematik wird in theoretischen Beiträgen und sozialwissenschaftlichen Analysen behandelt. Zentral sind die unmittelbaren Realitäten von Menschen mit Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen, aber auch mögliche Handlungsstrategien werden erläutert. Hinter all dem steht eine Frage, die uns auch in Zukunft beschäftigen wird: Wie muss Anerkennung verstanden werden, um sozialen Diskriminierungen entgegenzuwirken und gleichzeitig Kämpfe für ökonomische Gleichheit zu stärken?

Mit Beiträgen von

Brigitte Aulenbacher, Verena Fabris, Sina Farahmandnia, Nancy Fraser, Eva Grigori, Susanne Haslinger, Lisz Hirn, Axel Honneth, Elisabeth Kapferer, Lena Kauer, Alban Knecht, Norbert Krammer, Margit Kubala, Michaela Moser, Lisa Oberbichler, Ruth Patrick, Maria Pernegger, Judith Pühringer, Angelina Reif, Romy Reimer, Lukas Richter, Robert Rybaczek-Schwarz, Christine Sallinger, Margit Schaupp, Martin Schenk, Ernst Schmiederer, Martin Schürz, Stefanie Stadlober, Titus Stahl, Hoa Mai Trần, Manuela Wade, Georg Wiesinger, Marion Wisinger, Michael Wrentschur, Ilse Zapletal



9783990463956